

St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung Canadas, erscheint jeden Donnerstag in Muenster, Sask., und liefert bei Vorauszahlung:

In Canada, per Jahrgang \$2.00 In den Staaten u. Ausland, \$2.50 Einzelne Nummern 10 Cents.

Ankündigungen werden berechnet zu 1.00 Dollar pro Zeile einseitig für die erste Einrückung, 50 Cents pro Zeile für nachfolgende Einrückungen.

Realitäten werden zu 20 Cents pro Zeile wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00 pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$20.00 pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erfolgreiche katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbedingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u. s. w. an ST. PETERS BOTE, Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.



Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. h. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. h. Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benedictiner-Mönchen zu Münster, Sask., Canada.

18 Jahrgang, No. 4. Münster, Sask., Donnerstag den 10. März 1921. Fortlaufende No. 888.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Thursday at Muenster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION: \$2.00 per year, payable in advance. \$2.50 to the United States and abroad. Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES: Transient advertising \$1.00 per inch for first insertion, 50 cents per inch for subsequent insertions. Reading Notices 20 cents per count line. Display advertising \$2.00 per inch for 4 insertions, \$20.00 per inch for one year. Discount given on large contracts. Legal Notices 12 cts. per agate line 1st insertion, 8 cts. later.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to ST. PETERS BOTE, Muenster, Sask., Canada.

Die Konferenz der deutschen und alliierten Staatsmänner in London.

Die Konferenz der Vertreter der alliierten Mächte und Deutschlands über die Frage der Kriegsschadigung und der Entwaffnung Deutschlands wurde am 1. März begonnen. Premierminister Lloyd George teilte dem deutschen Auslandsminister Dr. Simons mit, daß die Entschädigungsfrage zuerst erörtert werden solle. Dr. Simons begann dann die Gegenvorschläge Deutschlands informell zu entwickeln. Er sagte, die deutsche Regierung habe zwei Vorschläge entworfen, nachdem die Hilfsmittel und Möglichkeiten Deutschlands sorgsam erwogen worden seien. Die Deutschen seien hiermit bis zur Abreise der Delegation beschäftigt gewesen, so daß es unmöglich gewesen sei, den Alliierten ihre Vorschläge im Voraus mitzuteilen. Dr. Simons erklärte dann, Deutschland sei bereit, 50,000,000,000 Mark Gold zu zahlen, doch müßten hiervon die bereits bezahlten Summen und die verschiedenen Diskontobeträge abgezogen werden. Die französische Delegation rechnete aus, daß Deutschland dann noch etwa 30,000,000,000 zahlen würde.

Dr. Simons erklärte, daß die in Paris vereinbarten Entschädigungsvorschläge nicht angenommen werden könnten, weil sie eine jährliche Zahlung von 6,000,000,000 Mark vorsähen, die nur durch einen Ueberfluß aus der Ausfuhr geleitet werden könnte. Die deutschen Sachverständigen hätten aber festgestellt, daß um diese jährlichen Zahlungen zu ermöglichen, die deutsche Ausfuhr den vierfachen Wert dieser Jahreszahlungen erreichen müßte, und ein solches Indebithetreiben der deutschen Ausfuhr würde eine Gefahr für die übrige Welt sein.

Die Ausfuhrsteuer von 12 1/2 Prozent müßte entweder dem Konsumenten, wenn der Preis in die Höhe getrieben werden könnte, oder von der Industrie gezahlt werden, wodurch deren Kraft des Wettbewerbs verringert werden würde. Die Folge würde sein, daß die Ausfuhr abnehmen würde.

Die deutsche Regierung glaube, daß die Pariser Vorschläge sich auf eine vorläufige Auffassung der Zustände in Deutschland stützten. Deutschland könne jetzt Waren ausführen, weil der Wechselkurs günstig sei und die Produktionskosten gering seien, aber diese Zustände würden sich ändern, da sie in Wirklichkeit ungesund seien.

Dr. Simons verlangte dann, daß die Gesamtkapitalsumme festgesetzt werde, auf die Deutschland 8 Prozent Zinsen zahlen und für die es einen Tilgungsfonds bilden würde.

Als Bedingung für die Vorschläge wurde von Deutschland gefordert, daß Oberösterreich bei Deutschland bleibe und daß Deutschlands Freihandelsprivilegien in der ganzen Welt wieder hergestellt würden. Dr. Simons sagte, Deutschland könne sich auf keine Exportsteuer einlassen, aber er stimmte dem Grundsatze bei, daß die Alliierten an dem zukünftigen Gedeihen Deutschlands Anteil haben sollten. Deutschland müsse eine internationale Anleihe gemahnt werden, von nicht mehr als 30,000,000,000 Mark Gold. Da aber der Weltmarkt jetzt eine so große Summe nicht anbringen

könne, so solle mit einer Anleihe von 8,000,000,000 Mark begonnen werden. Diese Bonds müßten in allen Ländern steuerfrei sein. Nach fünf Jahren werde eine andere Konferenz nötig sein.

Nachdem Dr. Simons mit seinem Vortrage zu Ende gekommen war, sagte Lloyd George: „Wenn die schriftlichen Vorschläge den gleichen allgemeinen Charakter haben, wie die Erklärung derselben, die wir gehört haben, ist es nicht der Mühe wert, sie zu verlesen.“ Sie mißverstehen die Stellung der Alliierten und Ihre eigene vollständig. Wir werden die Vorschläge unter uns besprechen und Ihnen morgen um 11 Uhr Bescheid geben. Die Alliierten sind sich darüber einig, daß Ihre Forderungen nicht debattiert werden können.“

Am nächsten Tag wurde den Deutschen eine Frist bis Montag mittag gegeben, neue Vorschläge für die Zahlung von Kriegsschadigung zu machen, die im Einklange mit den in Paris vereinbarten Forderungen stehen. Den deutschen Delegaten wurde mitgeteilt, daß Truppen der Alliierten in Deutschland vorrücken würden, wenn die deutsche Regierung bis Montag mittag nicht nachgegeben habe.

Das erste, was dann geschehen soll, ist die Besetzung der Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort.

Zweitens wird jedes der alliierten Länder nach Gutdünken eine Steuer auf deutsche Waren legen.

Drittens, wird eine Zollgrenze unter der Kontrolle der Alliierten den Rhein entlang geschaffen werden.

Nach Eröffnung der Konferenz am 3. März teilte Premierminister Lloyd George Dr. Walter Simons, dem deutschen Minister des Auswärtigen, an der Spitze der deutschen Delegation steht, mit, daß die Gegenvorschläge, die am Dienstag von den Deutschen unterbreitet wurden, keiner Prüfung würdig seien. Die einzigen Änderungen der Pariser Vereinbarung, die den Deutschen gehalten seien, seien solche, die sich auf die Zahlungsmethode bezögen, wie Verminderung des Zeitraums der jährlichen Zahlungen von 42 auf 30 Jahre. Die Haltung Deutschlands in der Entschädigungsfrage sei außerdem eine schwere Verletzung der Verpflichtungen, unter denen die Deutschen den Alliierten gegenüber ständen. Die deutsche Regierung habe die Bestimmungen des Vertrages von Versailles in vielen Dingen nicht erfüllt, wie Kohlenlieferungen, Abrüstung, Zahlung von 20,000,000,000 Mark in Gold und Bestrafung der Offiziere und Soldaten, die Verbrechen während des Krieges begangen worden seien.

Dr. Simons erwiderte, daß die Abfichten der deutschen Regierung vollständig mißverstanden worden seien. Die deutschen Delegaten würden am Montag mittag auf die Vorwürfe des britischen Premierministers antworten und in der Zwischenzeit die Dokumente der Alliierten nochmals prüfen. Er glaube nicht, daß die Alliierten sich gezwungen sehen würden, Gewaltmaßnahmen in Anwendung zu bringen.

Diese Bemerkung wird dahin ausgelegt, daß die Deutschen noch andere der Pariser Vereinbarung mehr entsprechende Vorschläge mitgebracht haben, die sie vorlegen sollen, wenn ihnen nichts anderes übrig bleibt.

Das Londoner Arbeiterorgan „Hera“ erklärte, die Deutschen hätten eine Frist bis Montag erhalten, weil Premierminister Lloyd George abwarten wolle, was Harding bei seinem Amtsantritt am Freitag in seiner Rede über die auswärtige Politik der neuen Administration zu sagen haben werde.

Wie die deutsche Abordnung am 5. März erfuhr, widersteht sich das Reichsministerium einmüßig der Annahme der alliierten Entschädigungsbedingungen. Das Kabinet beriet am 4. März in Berlin, das Ergebnis der Beratung wurde den Delegierten am 5. März übermittelt. Die Delegierten erneuerten mittags die Besprechung der Berliner Nachrichten. Dem Vernehmen nach werden gewisse Zugeständnisse gemacht, es werde aber keine Ueberlassungen geben.

Die neuen Vorschläge, welche die Deutschen am 7. März unterbreiteten, wurden ebenfalls abgewiesen und der oberste Rat der Alliierten hat nun beschlossen militärisch einzuschreiten, um Deutschland zu zwingen, den Pariser Entschädigungsplan anzunehmen. Am 8. März wurden die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von den Alliierten militärisch besetzt.

Vom Ausland.

Berlin. Die „Kreuzzeitung“ meldet die Verlobung des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht von Bayern mit der Prinzessin Antoinette von Luxemburg. Eine frühere Verlobung zwischen dem ehemaligen Kronprinzen und der Prinzessin wurde nach der Revolution in Bayern aufgelöst. Prinzessin Antoinette ist eine von fünf Schwestern der Großherzogin Marie Adelaide. Sie ist 1899 geboren. Rupprecht war im Kommando der deutschen Armee an der Nordfront im westlichen Kriegstheater. Er ist Witwer. Seine Gattin starb 1912. Rupprecht ist 1869 geboren.

Am 9. März. 900 deutsche Auswanderer, Männer, Frauen und Kinder, fuhren nach Brasilien ab. Die meisten sind unbemittelt und das Fahrgeid für die Auswanderer wurde von der brasilianischen Regierung vorgeschossen. Es wird darauf gerechnet, daß die Deutschen als Kolonisten von Nutzen für das Land sein und das Fahrgeid erziehen werden.

Der argentinische Dampfer „Bahia Blanca“ wurde hier bei seiner Ankunft von Vertretern des Senats und der Handelskammer formell begrüßt. Diese wiesen auf die herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern hin und dankten Argentinien für die Sympathie während des Krieges, die vom deutschen Volke herzlich erwidert werde. Der Dampfer brachte 7000 Tonnen Lebensmittel, ein Gesandter der Regierung Argentiniens für die Republik Oesterreich.

London. König Nikolaus von Montenegro, der im Weltkriege seinen Thron verlor, starb am 1. März in Antice, bei Cannes, wie hierher berichtet wurde. Nikolaus war im Jahre 1841 geboren und wurde

nach dem Tode seines Oheims Danilo im Jahre 1860 Fürst von Montenegro unter türkischer Oberhoheit. Er kämpfte mit abwechselndem Glück um die Unabhängigkeit des Landes gegen die Türken, bis der Berliner Vertrag vom Jahre 1878 Montenegro die vollständige Unabhängigkeit sicherte. Nikolaus führte dann den Königstitel.

Paris. Dem Völkerbund wurde von dem Schweizer Gesandten, Dr. A. Dunant, der Grund mitgeteilt, warum die Schweiz nicht erlaubt hat, daß die noch Wilna bestimmten Völkerbundtruppen durch ihr Gebiet gingen. Er sagte, die Schweiz habe von gefährlichen Plänen der Bolschewiki gehört und gefürchtet, daß die Völkerbundarmee in Wilna angegriffen würde. Dann würde der Völkerbund in einen Krieg mit den Bolschewiki verwickelt worden sein. Bourgeois entgegnete, er habe die gleiche Aussicht erhalten, aber wenn die Mitglieder des Völkerbundes bei der ersten Gelegenheit diesem ihre Unterstützung verweigerten, weil sie neutral bleiben wollten, dann sehe er nicht ein, warum der Völkerbund weiter bestehen solle. Auf den Völkerbundrat machten die Angaben des Schweizer Gesandten einen solchen Eindruck, daß beschlossen wurde, die Truppen nicht nach Wilna zu senden bis man Gewißheit dafür erhalten habe, daß ein Angriff der Bolschewiki auf Wilna nicht zu befürchten sei. Der Völkerbundrat hatte die Absicht gehabt, die Schweiz wegen ihrer Heiligkeit zu bestrafen, aber hiervon wird jetzt abgesehen werden.

Durch einen kühnen Handstreich hat Lenin, während der Premierminister in London in Beratung waren, in dem Spiel um den Raben Osten den ersten Stich gemacht. Während der Oberste Rat eine Kommission ernannte, die über die Zukunft der Türkei entscheiden soll, nahm der Sowjetleiter das Gesicht des früheren osmanischen Reiches in seine eigene Hand, indem er ohne Blutvergießen die ganze ehemalige türkische Provinz Georgien besetzen ließ. Hierin ist der wichtige Hafenort Batum, der Endpunkt der D-Verbindung von Batum nach dem Schwarzen Meere, einbezogen. Bei der Einnahme der Stadt wurden 800 Ausländer, meistens Engländer, ergriffen und interniert. Durch diese Tat ist Sowjetrußland in den Besitz nicht nur der bedeutendsten Oelfelder Asiens, sondern auch eines größeren Teiles des türkischen Reiches gelangt, als die Alliierten.

Alle östlichen Teile der Türkei, Armenien, Aserbaidschan und Georgien, sind jetzt „rot“ und unter Sowjetregierungen, während Mustafa Kemal in mittleren Teile der Türkei herrscht, und Kemal steht sozusagen unter dem Befehle Lenins. Während also die Alliierten theoretisch über die Türkei zu verfügen haben, ist der wichtigste Teil des Reiches bereits von Lenin erofft worden, der jetzt durch sein Bündnis mit den Rußländern als der wahre Diktator in Asien zu betrachten ist.

Die Entscheidung des Obersten Rates in Sachen des Raben Ostens sind nichts als Spielerei, und Lloyd George weiß dies“, sagte ein Kenner der Verhältnisse im Raben Osten. „Lloyd George stimmte der Ernennung einer Kommission bei,

um Zeit zu gewinnen, und dabei den Weg für spätere unvermeidliche Konferenzen zu bahnen, zu denen Lenin eingeladen werden wird. Da dieser 350,000,000 Menschen bereits unter dem Taumen hat, kann er keine Anerkennung und Zulassung zum Weltrate erzwingen.

London. In britischen Regierungskreisen trafen Berichte ein, die die Nachrichten von einer Erhebung gegen die Sowjets in Rußland bestätigten. Danach ist die Lage in Rußland ernst. Die letzten offiziellen Berichte deuten jedoch nicht an, daß die Sowjetregierung gefährdet worden sei. Die hier befindlichen russischen Handelsdelegierten erklärten, sie seien in direkter Verbindung mit Moskau und angezogen worden, die Gerüchte von einer Revolution in Rußland in Abrede zu stellen. Diese Gerüchte seien vollständig falsch und für politische Zwecke oder im Interesse von Aktivisten in Umlauf gesetzt worden. Aus Kiew, Githand, wurde jedoch nach Helsinki, Finnland, berichtet, daß die Zustände in Rußland bald zu dem Sturze der Sowjetregierung führen könnten. Petrograd und Moskau seien die Mittelpunkt der revolutionären Bewegung, und in vielen Teilen Rußlands sei es zu Kämpfen gekommen. In Petrograd standen 300,000 Arbeiter den Sowjettruppen gegenüber. Es sei berichtet worden, daß in Straßenkämpfen auf beiden Seiten viele Personen getötet und verwundet worden seien. Die Flottengarnison in Kronstadt sei zu den Revolutionären übergegangen. Die Marineoffiziere und die Arbeiter hätten in Petrograd die militärischen Kadetten der Regierung angegriffen, sie durch die Straßen getrieben und überwältigt. Auch in der Umgegend von Petrograd werde schwer gekämpft. In der Gegend von Drenburg im jüdischen Rußland ist, wie es heißt, General Duffot mit seinen Kolonnen gegen die Bolschewiki mit Erfolg tätig, und General Antoeff soll der Führer der Infurgenten in den Wolgadistrikten sein.

Berlin. In zwei Transporten mit Sonderzügen sind etwa 700 Gefangene aus verschiedenen sibirischen Lagern nach teilweise sechs jähriger Abwesenheit in Hamburg eingetroffen. Die Heimkehrer machten durchweg einen frischen Eindruck. Gleichzeitig trafen von Grimby kommend mit dem Dampfer „Mary Lebone“ achtzig Gefangene aus Turkestan ein, die sich unter abenteuerlichsten Strapazen und Entbehrungen über Persien und Afghanistan zu Fuß nach Indien durchgeschlagen hatten, von wo sie mit einem englischen Dampfer in die Heimat abtransportiert wurden.

Florenz. Elf Personen wurden getötet, mehr als hundert verwundet und 500 andere wurden verhaftet in Verbindung mit den Unruhen in Florenz in Italien, die die Form des Ausbruchs einer revolutionären Verschwörung in ganz Toscanen annahmen.

Rom. Aus Armenien treffen Nachrichten ein, daß in der dortigen Franziskanermission neuerdings zahlreiche Christen um ihres Glaubens willen den Martertod erlitten haben. Drei italienische Franziskaner welche in Ragusa der dortigen Mission wieder auftraten

wollten, wurden von den Rußländern mit den Bajonetten der Mission ermordet. Kirche und Missionengebäude wurden niedergebrannt. Vater Amariffe, Oberer der Mission von Jemg-Rale in Armenien, wurde mit allen Christen getötet. Der Missionar Vater Jalmacian, ein geborener Armerier, wurde in der Küche mit den Gläubigen verbrannt. Der Franziskaner Bellecui wurde zwischen Hama und Damaskus von den Beduinen gefaßt und erschossen. Gleichzeitig wurde eine christlich-arabische Gefandtschaft aus Damaskus hingerichtet.

Rom. Prälaten von Ländern, die sich im Weltkriege bekämpften, wurden von Papst Benedikt aufgefordert, sich am 20. März zu versammeln, und hierdurch die Freundschaft zwischen den Nationen zu fördern. Kardinal Bourne, Erzbischof von Westminster, entsprach dem Gesuch gerne. Er trifft hier mit Erzbischof Schulte, Kohn und Erzbischof Kaalhaber von München zusammen.

Vereinigte Staaten

Washington. Am 4. März wurde Warren G. Harding von Ohio als der 29. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Als Vizepräsident und Vorkämpfer des Senats legte Calvin Coolidge von Massachusetts den Amtseid ab. In der Zeremonie wurden 33 Senatoren in ihr Amt eingeführt als Mitglieder des 67. Kongresses. Die Feierlichkeiten waren einfach und kurz, wie Harding es gewünscht hatte. Die Reden wehten auf Halbmaß, der Tatsache eingedenk, daß Champ Clark, ein großer Demokrat, in der Nacht auf dem Totenbette lag, während eine neue republikanische Verfassung an die Spitze kam. Der neue Präsident erließ in seiner Antrittsrede eine feierliche Warnung, daß Amerika sich allen Verführungen zum Umsturz der Zivilisation widersetzen wird. Amerika wolle sich nicht an der Leitung der Geschichte der alten Welt beteiligen, sagte er, sei aber zum Eintritt in eine Genossenschaft von Nationen bereit, zum Zwecke der Konferenz und Befriedigung, ohne daß hierdurch die Souveränität der Ver. Staaten beeinträchtigt wird. Er erklärte sich entschlossen gegen dauernde militärische Bündnisse und sagte: „Unsere Augen werden nie blind sein gegen eine entstehende Gefahr, unsere Ohren niemals taub gegen den Ruf der Zivilisation. Amerika hat es nicht unterlassen, dem verfluchten Umsturz der Zivilisation zu widerstehen, es wird auch heute oder morgen keine solche Unterlassung geben.“

Porter, Ind. 37 Menschenleben hat eine Katastrophe geendet, zu der es am Abend des 27. Febr. in der Nähe von hier kam, als der „Interstate Limited“ Zug der New York Central Eisenbahn gegen den „Canadian“ Zug der Michigan Central Bahn rannte. Die Zahl der Verletzten beträgt zwischen 100 und 150. Die von den Beamten der beiden Bahngesellschaften hier auch von den hiesigen Behörden eingeleitete Untersuchung deutet darauf hin, daß der mit heiler Haut davongekommene Lokomotivführer des „Michigan Central“ Zuges, W. F. Long, als der Schuldige zu betrachten ist.

Washington. Am 4. März wurde Warren G. Harding von Ohio als der 29. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Als Vizepräsident und Vorkämpfer des Senats legte Calvin Coolidge von Massachusetts den Amtseid ab. In der Zeremonie wurden 33 Senatoren in ihr Amt eingeführt als Mitglieder des 67. Kongresses. Die Feierlichkeiten waren einfach und kurz, wie Harding es gewünscht hatte. Die Reden wehten auf Halbmaß, der Tatsache eingedenk, daß Champ Clark, ein großer Demokrat, in der Nacht auf dem Totenbette lag, während eine neue republikanische Verfassung an die Spitze kam. Der neue Präsident erließ in seiner Antrittsrede eine feierliche Warnung, daß Amerika sich allen Verführungen zum Umsturz der Zivilisation widersetzen wird. Amerika wolle sich nicht an der Leitung der Geschichte der alten Welt beteiligen, sagte er, sei aber zum Eintritt in eine Genossenschaft von Nationen bereit, zum Zwecke der Konferenz und Befriedigung, ohne daß hierdurch die Souveränität der Ver. Staaten beeinträchtigt wird. Er erklärte sich entschlossen gegen dauernde militärische Bündnisse und sagte: „Unsere Augen werden nie blind sein gegen eine entstehende Gefahr, unsere Ohren niemals taub gegen den Ruf der Zivilisation. Amerika hat es nicht unterlassen, dem verfluchten Umsturz der Zivilisation zu widerstehen, es wird auch heute oder morgen keine solche Unterlassung geben.“

Florenz. Elf Personen wurden getötet, mehr als hundert verwundet und 500 andere wurden verhaftet in Verbindung mit den Unruhen in Florenz in Italien, die die Form des Ausbruchs einer revolutionären Verschwörung in ganz Toscanen annahmen.

Rom. Aus Armenien treffen Nachrichten ein, daß in der dortigen Franziskanermission neuerdings zahlreiche Christen um ihres Glaubens willen den Martertod erlitten haben. Drei italienische Franziskaner welche in Ragusa der dortigen Mission wieder auftraten